

St.Gallen: 30. November 2009, 01:03

Nein zum Systemwechsel

Klares Nein		
Änderung Bauordnung		
Stimmzettel		
• eingegangen	23 991	
- leer		2349
- ungültig		12
• gültig	21 630	
Ja	9 313	43,1%
Nein	12 317	56,9%
Stimmbeteiligung	53,75%	

Das Stimmvolk der Stadt hat am Sonntag mit 56,9 Prozent Nein-Stimmen eine Änderung der Bauordnung und damit einen Systemwechsel bei der Denkmalpflege deutlich abgelehnt.

st. gallen. 9313 Stimmende sprachen sich am Wochenende für die Einführung einer vom Stadtparlament erlassenen Verordnung zum Schutz wertvoller historischer Häuser aus. 12 317 Stimmende bevorzugten die bisherige Lösung mit Inventaren, die vom Stadtrat erlassen werden. Die Stimmbeteiligung für die städtische Vorlage erreichte ausserordentlich hohe 53,75 Prozent.

Anzeige



WERBEN AUF
TAGBLATT.CH

MEHR INFOS

Viele leere Stimmzettel

Die städtische Abstimmungsvorlage für die Änderung der Bauordnung war technisch-trocken und kompliziert. Darauf deutet auch die ungewöhnlich hohe Zahl von 2349 leer eingeworfenen Stimmzetteln hin. Im Abstimmungskampf hatten sich CVP, FDP, Grünliberale und SVP sowie der

städtische Hauseigentümer-Verband und regionale Organisationen der Wirtschaft für ein Ja eingesetzt. Bekämpft wurde die Vorlage von SP, Juso, Politischer Frauengruppe, Grünen, Jungen Grünen und EVP sowie vom Heimatschutz. Ebenfalls eine Nein-Parole gaben drei Fachverbände der Architekten und das Architektur-Forum Ostschweiz heraus. Ausschlaggebend für das Resultat des Urnengangs dürfte gewesen sein, dass sich der Stadtrat gegen die Änderung gewehrt und dem Volk im Abstimmungsbüchlein ein Nein empfohlen hatte.

Stadtrat ist erfreut

Baudirektorin Elisabeth Beéry reagierte aus diesem Grund am Sonntag erfreut über das Nein zur Änderung der Bauordnung. Obwohl die Vorlage komplex gewesen sei, habe das Stimmvolk doch erkannt, dass der Systemwechsel nur mehr Aufwand für alle – für die Stadt wie die Hauseigentümer – bringen würde. Es sei erfreulich, dass eine Mehrheit diese stadträtliche Argumentation gesehen habe und ihr gefolgt sei. Das Nein zum Systemwechsel bestätige auch die bisherige, bewährte Praxis, hielt Elisabeth Beéry fest. Und es sei eine Vertrauensbasis für das weitere Vorgehen.

Enttäuscht über das Nein

Die im Ja-Komitee zusammengeschlossenen Wirtschaftsorganisationen und bürgerlichen Parteien zeigten sich in einer Mitteilung enttäuscht vom Ausgang der Abstimmung. Man respektiere aber selbstverständlich den Entscheid. Offensichtlich sei es den Befürwortern der Vorlage nicht gelungen, die Stimmberechtigten «gegen Stadtrat und St. Galler Tagblatt» vom Vorteil der neuen Lösung zu überzeugen, analysiert das Ja-Komitee. Vom Stadtrat erwartet es die Umsetzung seiner im Vorfeld des Urnengangs gemachten Versprechungen unter anderem zur Handhabung der Feststellungsverfügung.

Das Ja-Komitee fordert in seiner Mitteilung erneut eine kürzere Schutzliste: «Zudem muss die Anzahl der Schutzobjekte reduziert werden, da im bisherigen Inventar nicht alle Bauten die Anforderungen des kantonalen Baugesetzes erfüllen.» Nur die rund 800 Bauten der heutigen Schutzkategorien 1 und 2 seien schutzwürdig. Das räume die Stadt ja in ihrem eigenen Internet-Auftritt ein. Die 500 Bauten der heutigen Schutzkategorie 3 seien daher aus dem neuen Inventar zu entlassen, verlangt das Ja-Komitee.

Freude, aber über Ton besorgt

Freude über die Ablehnung der Änderung der städtischen Bauordnung herrschte gestern Nachmittag am Treffpunkt des Nein-Komitees im Restaurant Hörnli. Er habe selbstverständlich auf dieses Resultat gehofft, er sei jetzt aber «sehr positiv über das deutliche Resultat überrascht», reagierte SP-Stadtparlamentarier Martin Boesch. Da habe «die Vernunft über eine unsägliche Zwängerei gesiegt».

Besonders freute Boesch, dass sich das städtische Stimmvolk durch «tatsachenwidrige Behauptungen des Ja-Komitees» nicht habe verunsichern lassen. Zu denken gibt dem SP-Stadtparlamentarier der Ton, den einzelne Befürworter dieses Geschäftes schon im Stadtparlament angeschlagen hätten. Man sei «auf eine destruktive persönliche Ebene» gegangen. Bei einzelnen Befürwortern sei der Ton «ungewöhnlich gehässig» gewesen. Er habe das Gefühl, dass es diesen Akteuren «mehr um persönliche Fehden als um die Sache» gegangen sei. Was letztlich niemandem diene, am wenigsten dem Wohl der Stadt.

Inventar wird überarbeitet

Der Stadtrat plant nach dem Nein zur Schutzverordnung, die bestehenden Inventare der geschützten und erhaltenswerten Häuser ausserhalb der St. Galler Altstadt in einem einzigen Inventar zusammenzuführen. Diese bereinigte Liste soll mit wertvollen Bauten aus den Jahren 1920 bis 1970 ergänzt werden. Ein Arbeitspapier des Stadtrates, das als Basis für das neue Inventar dienen soll, listet 637 als schützenswert eingestufte Gebäude auf. 511 davon sind in privater Hand. Im geltenden Inventar figurieren – noch ohne Bauten von 1920 bis 1970 – rund 1300 Objekte.

Im Vorfeld des Urnenganges hat der Stadtrat versprochen, die Öffentlichkeitsarbeit rund um das Vernehmlassungsverfahren zum Inventar zu intensivieren. Mit der Feststellungsverfügung sollen Hauseigentümer zudem ein Rechtsmittel haben, um sich bei Verkaufs- oder Bauabsichten früh genug Klarheit darüber verschaffen zu können, ob ihre Liegenschaft tatsächlich schützenswert ist oder nicht. Die Verfügung ist im Gegensatz zum Inventar-Eintrag rechtsverbindlich und kann angefochten werden. (vre)

Weitere Artikel zu diesem Thema :

KOMMENTAR Pflicht zum Kompromiss

Das Stimmvolk hat gestern deutlich Nein zum Systemwechsel bei der städtischen Denkmalpflege gesagt. Dieses Nein richtet sich aber nicht gegen die Rechte der Hauseigentümer, sondern es wurde jenen eine Abfuhr erteilt, die diese Rechte allzu einseitig in den Vordergrund stellen wollten.

Diesen Artikel bookmarken bei...



Copyright © St. Galler Tagblatt AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von www.tagblatt.ch ist nicht gestattet.
